



# Europa Info

4/2018 vom Mittwoch, 18. April 2018



## Inhaltsverzeichnis

<b>Kommunale Belange und regionale Entwicklung .....</b>	<b>1</b>
Wifi4EU: Förderprogramm erhält großen Zuspruch bei Kommunen .....	1
Rat: Minister beraten zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020.....	2
AdR: Studie zu den Auswirkungen des Brexits auf Regionen .....	2
<b>Verkehr und Mobilität.....</b>	<b>3</b>
Schienenverkehrslärm: Öffentliche Konsultation geöffnet .....	3
<b>Energie, Klima und Umwelt .....</b>	<b>4</b>
EU-Parlament: Abstimmungen zu Energieeffizienz und CO <sub>2</sub> -Grenzwerten .....	4
Veranstaltungsinformation „European Green Week“ .....	5
<b>Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen.....</b>	<b>6</b>
Erasmus+: Virtueller Austausch gestartet .....	6
<b>Neues aus dem Europabüro .....</b>	<b>7</b>
Das Europabüro hat ein neues Gesicht .....	7
<b>Folgen Sie uns auf Twitter .....</b>	<b>7</b>



# Europa Info

Seite 1 – 4/2018 vom Mittwoch, 18. April 2018



## Kommunale Belange und regionale Entwicklung

### Wifi4EU: Förderprogramm erhält großen Zuspruch bei Kommunen

Seit dem 20. März 2018 können sich Kommunen für das EU-Förderprogramm WiFi4EU zur Einrichtung kommunaler WiFi-Hotspots über das Internetportal [www.wifi4eu.eu](http://www.wifi4eu.eu) registrieren (weitere Details [s. Europa Info Nr. 3, S. 1](#)). Das Programm erhält bereits einen großen Rücklauf. Bis zum Redaktionsschluss des Europa Info haben sich über 14.000 Kommunen aus ganz Europa registriert. Darunter befindet sich auch eine große Anzahl von Kommunen aus der Metropolregion FrankfurtRheinMain.

Registrierte Kommunen werden in Kürze eine E-Mail der Kommission erhalten, um einige wenige Antragsformalitäten zu erledigen. Zur Registrierung und auch zur späteren Antragstellung sollen nach derzeitigen Informationen hingegen keine technischen Informationen über den einzurichtenden WLAN-Hotspot zu übermitteln sein. Auch muss kein Kostenvoranschlag vorliegen.

Am 15. Mai 2018 um 13 Uhr MEZ wird ein erster Förderaufruf für registrierte Kommunen geöffnet werden. Die Gemeinden können sich für einen Gutschein zur Einrichtung eines WLAN-Hotspots bewerben. Nach Aussagen der Europäischen Kommission ist für das Einreichen der Bewerbung nach erfolgreicher Registrierung nur eine Anmeldung auf der Webseite und das Anklicken eines „Absenden“-Feldes notwendig.

Die Gemeinden werden in der Reihenfolge der Beantragung ausgewählt (Datum und Uhrzeit der Antragstellung, nicht der Registrierung). Jeder Mitgliedstaat wird im Rahmen dieser ersten Aufforderung mindestens 15 Gutscheine erhalten. Der Wert eines Gutscheins beläuft sich auf 15.000 Euro.

Registrierung und Antragstellung sind auf Deutsch möglich. Die Webseite [www.wifi4eu.eu](http://www.wifi4eu.eu) öffnet sich zunächst in Englisch, kann aber durch Drücken des Feldes „English“ oben rechts auf Deutsch umgestellt werden.

Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link: [WiFi4EU](#) (auf Deutsch). Eine Übersicht häufig gestellter Fragen und Antworten finden Sie auf der [FAQ-Seite der Europäischen Kommission](#).

Die Antragsstellung erfolgt über das Portal [www.wifi4eu.eu](http://www.wifi4eu.eu).

Projektaufrufe sollen in einem halbjährlichen Rhythmus wiederholt werden.



# Europa Info

Seite 2 – 4/2018 vom Mittwoch, 18. April 2018

## **Rat: Minister beraten zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020**

Die für Kohäsionspolitik zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten (Rat der EU für Allgemeine Angelegenheiten) haben am 12. April 2018 über die Zukunft der Kohäsionspolitik beraten.

In diesem Rahmen forderte der Rat, dass die Durchführung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (wie z.B. der EFRE oder ESF) nach 2020 erheblich vereinfacht werden müsse. Dazu gehöre insbesondere auch die Rechnungsprüfung bei EU-Projekten.

In Zukunft sollen nach Ansicht der Minister die Regeln der einzelnen Fonds harmonisiert werden. Dadurch können verschiedene Maßnahmen aus unterschiedlichen Fonds besser in einem Gebiet kombiniert werden. Bei der Programmplanung setzt sich der Rat zudem für mehr Flexibilität der Fonds ein, um auch auf unvorhergesehene Herausforderungen reagieren und die Ziele der Operationellen Programme anpassen zu können.

Der integrierte Ansatz der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds soll nach Ansicht des Rates bestehen bleiben. Darüber hinaus sollen die Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Interreg) weitergeführt werden. Auch würdigten die Minister die europäische Städteagenda und forderten die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Umsetzung der Städteagenda für einen besseren Dialog der kommunalen Behörden mit der EU aktiv weiterzuführen.

Die neuen Förderprogramme sollen nach Auffassung des Rates frühzeitig im Interesse eines reibungslosen Übergangs zum nächsten Programmplanungszeitraum erarbeitet werden.

Die Beratungsergebnisse des Rates werden der Kommission bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge für das Legislativpaket zur Kohäsionspolitik nach 2020 als Grundlage dienen. Mit dem Legislativpaket der Kommission ist noch im Frühsommer zu rechnen. Zunächst wird jedoch am 2. Mai 2018 der Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Zeit nach 2020 erwartet.

Die Schlussfolgerungen des Rates sind unter folgendem [Link](#) (auf Deutsch) abrufbar.

## **AdR: Studie zu den Auswirkungen des Brexits auf Regionen**

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat in einer Studie die Auswirkungen des Brexits auf die europäischen Regionen<sup>1</sup> untersucht. Dabei wurden insgesamt sechs Wirtschaftsbereiche identifiziert, die bei

---

<sup>1</sup> In der Studie werden „Regionen“ nach einer europäischen statistischen Einteilung definiert. So entsprechen z.B. die Regierungsbezirke in Hessen einer Region.



# Europa Info

Seite 3 – 4/2018 vom Mittwoch, 18. April 2018

einem Brexit mit besonderen Auswirkungen konfrontiert sind. Dazu gehören der Automobilssektor, der Maschinenbau, die Elektrotechnik, die Lebensmittelindustrie, der Chemie-, Pharmazie- und Plastiksektor sowie die Textilindustrie.

Die zu erwartenden Auswirkungen in diesen Wirtschaftsbereichen seien je nach Region unterschiedlich stark ausgeprägt. Insbesondere für Irland, aber auch für Deutschland werden negative Folgen prognostiziert. In Deutschland ist dies vor allem im Automobilssektor und im Maschinenbau zu erwarten. Darüber hinaus seien Regionen in den Niederlanden, Belgien, Frankreich sowie Italien und Spanien durch bestehende Wirtschaftsverflechtungen besonders betroffen.

Auch wenn die Rahmenbedingungen des Brexits noch offen sind, werde es nach Aussage des AdR keine „Gewinner“ durch das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU geben. Zwar würden manche Regionen z. B. im Dienstleistungssektor vom Brexit profitieren, die Nachteile würden in allen europäischen Regionen aber dennoch überwiegen.

Grundlage der Studie waren u. a. vorhergehende Studien, eine Umfrage und ein Arbeitsworkshop. Neben der zusammenfassenden Analyse wurden vom AdR auch fünf Fallbeispiele herausgearbeitet. Dazu gehört auch das Land Hessen mit den Regierungsbezirken Darmstadt, Gießen und Kassel. Aufgrund umfassender Direktinvestitionen aus Großbritannien sei insbesondere der Regierungsbezirk Darmstadt in den Wirtschaftszweigen Automobil, Elektrotechnik sowie im Chemie- und Pharmaziebereich vom Brexit betroffen. Gleichzeitig wurde prognostiziert, dass sich ausländische Direktinvestitionen im Dienstleistungs- und Finanzsektor von London nach Frankfurt verlagern.

Die Studie ist unter folgendem Link abrufbar: [Auswirkungen des Brexits auf die Regionen](#) (auf Englisch).

## Verkehr und Mobilität

### Schienerverkehrslärm: Öffentliche Konsultation geöffnet

Die Europäische Kommission führt noch bis zum 20. Juni 2018 eine öffentliche Konsultation zum Schienengüterverkehrslärm durch.

Hintergrund der Konsultation ist die Überlegung der Europäischen Kommission, die Erhebung von Trassenentgelten im Schienengüterverkehr künftig an den Lärmausstoß zu koppeln. Das heißt, Züge, deren Waggons mit sogenannten Verbundstoffbremssohlen nachgerüstet wurden, sollen begünstigt



# Europa Info

Seite 4 – 4/2018 vom Mittwoch, 18. April 2018

werden. Mit dieser Maßnahme kann sich der Schienenlärm um bis zu 10 dB verringern lassen, was etwa einer Halbierung des für den Menschen hörbaren Lärms entspricht.

Mit der eröffneten Konsultation soll nun die Öffentlichkeit zu dieser Überlegung Stellung nehmen. Dabei werden die örtlichen Erfahrungen mit Schienenverkehrslärm und seine Auswirkungen auf den Lebensalltag abgefragt. Auch die Einschätzung zum Mehrwert einer technischen Nachrüstung und die Ansichten zu einer optimalen politischen Anreizstruktur sind Bestandteil der Konsultation. Den Rechtsrahmen für lärmabhängige Trassenentgelte bildet die [Durchführungsverordnung \(EU\) 2015/429](#). Die Kommission macht weitere politische Schritte vom entsprechenden Konsultationsergebnis abhängig.

Den deutschsprachigen Fragebogen finden Sie [hier](#).

## Energie, Klima und Umwelt

### EU-Parlament: Abstimmungen zu Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Grenzwerten

Das Europäische Parlament hat in seiner Plenumsitzung am 17. April 2018 die Neufassung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden in erster Lesung final beschlossen.

Nach der politischen Einigung zwischen Parlamentsvertretern und dem Europäischen Rat im Dezember 2017 (vgl. [Europa Info 01/2018, S. 3](#)) erhielt die Vorlage die erforderliche politische Mehrheit im Parlament. Damit soll ein verbindlicher Rahmen für weitere Energieeinsparungen im Gebäudesektor gesetzt und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Gebäuden bis 2050 um 80 bis 95 % im Vergleich zum Referenzwert 1990 gesenkt werden.

Wichtiger Bestandteil sind dabei die Bestimmungen zur Förderung der Elektromobilität: Neue und vollsanierte Gebäude mit mehr als 10 Parkplätzen müssen künftig mit einer Elektroverkabelung für eine mögliche E-Ladestation versehen sein. Bei Nicht-Wohngebäuden ist mindestens ein Ladepunkt und eine Vorverkabelung für jeden fünften Stellplatz notwendig. Mit dieser Richtlinie, die in Deutschland durch die Energieeinsparverordnung (ENEV) wirksam wird, ist die erste Maßnahme aus dem EU-Aktionspaket „[Saubere Energie für alle Europäer](#)“ vom November 2016 politisch umgesetzt. Mehr Informationen zu dieser Richtlinie finden Sie [hier](#) (auf Deutsch), sowie in einem englischsprachigen [Frage und Antwort-Bogen](#).

Ebenfalls eine Mehrheit im Parlament fanden zwei weitere Gesetzentwürfe zum Klimaschutz. Die Vereinbarungen des Pariser Klimagipfels werden damit in neue nationale Reduzierungsziele beim CO<sub>2</sub>-



# Europa Info

Seite 5 – 4/2018 vom Mittwoch, 18. April 2018

Ausstoß in den Feldern Verkehr, Landwirtschaft und Abfallmanagement umgesetzt. Dieser Wert muss 2030 europaweit insgesamt 30 % unter dem Wert aus dem Jahr 2005 liegen. Deutschland soll 38 % einsparen. Für die Forstwirtschaft bedeutet das beispielsweise, dass künftig jede Abholzung durch die Pflanzung neuer Bäume ausgeglichen werden muss.

Weiterführende Informationen finden Sie [hier](#) (auf Deutsch).

## Veranstaltungsinformation „European Green Week“

Vom 21. bis 25. Mai 2018 bietet die Europäische Grüne Woche Gelegenheit, sich über die nachhaltige Entwicklung der Europäischen Union auszutauschen.

In diesem Jahr stehen dabei insbesondere die Städte im Fokus der jährlich stattfindenden Veranstaltungsreihe. Die zentrale Konferenz in Brüssel möchte im Hinblick auf die Herausforderungen Luftqualität, Lärm, Natur, Freiraum und Biodiversität sowie das Abfallmanagement Wege zu einem gesünderen, nachhaltigeren Leben und Arbeiten in den europäischen Städten aufzeigen.

Während der European Green Week finden überall in Europa entsprechende Veranstaltungen statt. Kern des Ganzen wird aber der Gipfel der europäischen „Green Cities“ vom 22. bis 24. Mai in Brüssel sein. Dort nehmen nicht nur Vertreter der europäischen Institutionen, Dachverbände und Netzwerke teil, sondern auch zahlreiche Vertreter europäischer Städte und Gemeinden. Entsprechend werden innovative Ansätze und Projekte vorgestellt. Außerdem verleiht der Europäische Ausschuss der Regionen in diesem Rahmen den „Waste Reduction Award“.

Das Programm der European Green Week finden Sie [hier](#) (auf Englisch). Die kostenfreie Anmeldung erfolgt online unter diesem [Link](#).

Die Konferenzsprache ist Englisch, es besteht aber bei den meisten Veranstaltungen die Möglichkeit einer Kopfhörer-Übersetzung. Die Konferenz findet im Kongresszentrum BluePoint, Boulevard A. Reyers 80, 1030 Brüssel statt. Die Hauptveranstaltungen können auch auf der [Website](#) im Livestream verfolgt werden.



# Europa Info

Seite 6 – 4/2018 vom Mittwoch, 18. April 2018

## Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen

### Erasmus+: Virtueller Austausch gestartet

Mitte März 2018 wurde das Programm „Virtueller Austausch Erasmus+“ der Europäischen Kommission gestartet. Ziel des Projektes ist es, mit digitalen Lernmethoden den interkulturellen Dialog zwischen jungen Menschen in Europa und darüber hinaus zu stärken. Es soll einen Beitrag zur politischen Bildung, aber auch zur wechselseitigen Verständigung leisten. Das Angebot richtet sich vor allem an Universitäten und Jugendgruppen, also beispielsweise auch an die kommunale Jugendarbeit.

Der Austausch ist auf verschiedenen Ebenen geplant: Zunächst besteht die Möglichkeit, sich auf einer digitalen, neutral moderierten Video-Plattform direkt mit anderen Jugendlichen und Gruppen zu sozialen oder gesellschaftlichen Themen auszutauschen. Außerdem ist angedacht, transnationale und interkulturelle Projektgruppen zu entwickeln. Darüber hinaus gibt es spezifische Online-Schulungen und ein Programm zum gemeinsamen Erlernen parlamentarischer Diskussionstechniken. Erasmus+ versorgt die Teilnehmer mit Video-Impulsen und Materialien. Auch für Jugendarbeiter gibt es ein Angebot: Diese können sich zu digitalen Diskussionsmoderatoren schulen lassen und anschließend selbst Erasmus+-Foren begleiten.

Angaben der Europäischen Kommission zufolge sind bereits 50 erste Partnerschaften geschlossen und etwa 40 Personen als Diskussionsmoderatoren geschult worden. Die Testphase des Programms läuft bis Dezember 2018. Teil dieses Programms sind nicht nur die 33 Erasmus+-Programmländer, sondern auch die Staaten des südlichen Mittelmeerraumes wie beispielsweise Israel, Ägypten, Tunesien oder Marokko.

Weitere Informationen zum Programm finden Sie [hier](#) (auf Englisch). Eine Teilnahmeanfrage ist unkompliziert über ein [Online-Formular](#) auf dieser Seite möglich.

Hinweis: Zu den einzelnen Bausteinen des Programms finden laufend Aktualisierungen mit konkreteren Austauschangeboten statt. Es empfiehlt sich, auf der Informationsseite die jeweilige Unterkategorie des Programmbausteins anzuklicken und sich dort direkt für weitere Informationen zu registrieren.



# Europa Info

Seite 7 – 4/2018 vom Mittwoch, 18. April 2018

## Neues aus dem Europabüro

### Das Europabüro hat ein neues Gesicht

Seit dem 1. April 2018 erhält das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain Verstärkung durch einen neuen Mitarbeiter. Sebastian Schöneck übernimmt in Brüssel den Aufgabenbereich von Esen Üşük und wird sich um die Themen Energie, Umwelt, Klima, Mobilität und Forschung/Innovation kümmern.

Zusammen mit André Rydykowski ist die Metropolregion damit wieder in doppelter Besetzung in Brüssel vertreten. Herr Schöneck kann unter der Mailadresse [schoeneck@region-frankfurt.de](mailto:schoeneck@region-frankfurt.de) und unter der Durchwahl 0032 / 2734 8419 kontaktiert werden.

### Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auch auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen und Akteuren in Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](https://twitter.com/RegionFrankfurt) suchen und auf „Folgen“ klicken.